

Herr Gleß erläuterte zunächst noch einmal die Sitzungsvorlage.

Herr Metz sagte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die dargelegten Ausführungen in Gänze unterstütze und bedanke sich für den Bericht.

Er bat darum, in der nächsten Sitzung eine Zeitschiene vorzulegen aus welcher der zeitliche Ablauf zur Erstellung eines Outputs hervorgehe.

Des Weiteren bat er darum, mit dem nötigen Fingerspitzengefühl an die Vorschläge heranzugehen. Es gelte die Balance zu halten zwischen einer offenen Planung und der Vorlage von Bebauungsplänen. Hier bedürfe es einer intensiven Kommunikation.

Er weise darauf hin, dass im Haupt- und Finanzausschuss im November zu diesem Thema ein von seiner Fraktion initiiertes Beschluss mit Handlungsempfehlungen für die Verwaltung gefasst worden sei.

Herr Hatz sagte namens der Fraktion DIE LINKE, dass man das Entwicklungskonzept dem Grunde nach unterstütze. Allerdings bestehe wohl schon seit Längerem Bedarf für solch ein Konzept.

Ihn interessiere, welche Kostenvorstellung seitens der Verwaltung für diese Untersuchung bestehe.

Weiterhin bitte seine Fraktion, den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss (UPV) sowie die anderen relevanten Gremien nicht nur „angemessen“, wie in der Sitzungsvorlage beschrieben, sondern vielmehr „umfassend“ zu beteiligen.

Schließlich bitte er, vor der Auftragsvergabe an ein Planungsbüro die differenzierte Aufgabenbeschreibung dem UPV vorzulegen, damit gegebenenfalls noch Ergänzungen berücksichtigt werden könnten.

Frau Feld-Wielpütz sagte namens der CDU-Fraktion, dass man die Vorlage ausgesprochen begrüße. Sie bat sicherzustellen, dass alle relevanten Ausschüsse, auch wenn sie in der Sitzungsvorlage nicht namentlich erwähnt seien, zu beteiligen. Hierzu zähle für sie beispielsweise auch der Schulausschuss.

Es sei noch zu früh, Detailfragen zu erörtern. Beachtung müsse aber finden, dass bei der Stadtverwaltung derzeit über 400 Haushalte als wohnungssuchend gemeldet seien. Zudem dürfe man den bezahlbaren Wohnraum für Senioren nicht außer Acht lassen. Sie rege an, hierfür einen separaten Abschnitt einzurichten.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion sagte, dass dies in der nächsten Zeit sicherlich eine der größten Herausforderungen für die Stadt sein werde. Er stimme Herrn Metz zu, dass hier Fingerspitzengefühl gefragt sei. Die vorgeschlagene Vorgehensweise sei sicherlich die richtige.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion fragte, inwieweit sich innerhalb der Verwaltung die beiden zuständigen Dezernate miteinander verständigten.

Herr Metz stimmte Herrn Hatz zu, dass in den letzten Jahren sicherlich zu wenig passiert sei. Dies habe der Sozialausschuss auch mehrfach bemängelt. Jedoch seien die Bedingungen am Markt nicht entsprechend gewesen.

Nun, da die Flüchtlingsproblematik aktuell sei, habe sich sowohl die Bundes- als auch die Landespolitik dieses Themas angenommen, indem sie attraktive Fördermöglichkeiten anbiete. Dies ziehe jedoch nun auch Investoren an, welche auf den

schnellen Gewinn aus seien. Hier gelte es, Vorsicht walten zu lassen. Man habe jedoch mit dem gemeinsamen Antrag gute Rahmenbedingungen geschaffen.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion stimmte Frau Feld-Wielpütz zu, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes für Senioren ein ganz wichtiger Aspekt sei. Er bitte diesbezüglich die Verwaltung, in jedem Ortsteil hierfür nach Flächen zu suchen, da die meisten älteren Menschen in ihrem Ortsteil bleiben wollten.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass die Verwaltung die heute eingebrachten Anregungen zur Kenntnis nehme und im Zuge der Umsetzung mit aufnehmen werde.

Herr Gleß sagte, dass er die gestellte Aufgabe für die größte planungspolitische Aufgabe unserer Zeit halte. Man stehe am Fuße einer neuen Wohnungsnot. Zusätzlich zu der stetig wachsenden Zahl Wohnungssuchender seien nun auch noch Asylsuchende gekommen. Er gehe davon aus, dass die Zahl von 400 gemeldeten Wohnungssuchenden in Sankt Augustin nicht dem tatsächlich aktuellen Stand entspreche. Er gehe eher von einer Zahl von 600 bis 650 aus.

Es handele sich um eine ganzheitliche Aufgabe. Hier werden die beiden zuständigen Dezernate eng zusammenarbeiten. Letztendlich seien aber Organisationseinheiten quer durch die gesamte Verwaltung betroffen, zum Beispiel auch die Kämmerei.

Interdisziplinär seien sicherlich auch fast alle Ausschüsse des Rates der Stadt Sankt Augustin in irgendeiner Weise betroffen. Diese würden natürlich auch umfassend beteiligt. So werde sichergestellt, dass jeder den Aktionsplan am Ende mittragen könne. Im Jahr 2006 sei das Stadtentwicklungskonzept 2025 einstimmig beschlossen worden. Hier seien die Wohnbaulandreserveflächen aufgeführt worden. Auf dieser Grundlage könne man nun mit Augenmaß feststellen, an welcher Stelle des Stadtgebietes man auf welcher Fläche welches Projekt verwirklichen könne.

Zur Frage des barrierefreien Wohnraumes führte er aus, dass hierfür ebenfalls bereits im Stadtentwicklungskonzept Suchräume definiert seien. Dies sei für alle 8 Stadtteile geschehen. Hier seien auch bereits einige barrierefreie Wohnräume geschaffen worden. Er weise gleichfalls darauf hin, dass bei Geschosswohnungsbau seitens der Stadt sehr viel Wert auf eine barrierefreie Umsetzung gelegt werde.

Er sei froh, dass das Baudezernat für diese Aufgabe die Verantwortung übernehmen dürfe.